

# Berliner Tageblatt

Nr. 129

und Handels-Zeitung

Dienstag, 17. März 1923

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

## Das Ergebnis der Pariser Besprechungen.

### „Ohne Deutschland geht es nicht weiter.“ Herriot über das Gespräch mit Chamberlain. — Die Frage der Garantie für Polen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 17. März.  
Nachdem gestern Abend Chamberlain den Vertretern der Presse seine Eindrücke über die Unterredung mit Herriot mitgeteilt hatte, empfing eine Stunde später Herriot die Journalisten am Canal d'Orfèvre, um ihnen zu sagen, was er von der Unterredung mit Chamberlain erwartete. Seine Erklärungen machten den Eindruck großer Offenheit, aber sie haben nicht viel Klarheit gebracht, denn auf viele der interessantesten Fragen antworteten beide Minister nur durch ein diplomatisches Schweigen.

Mit Herriot gelangt wurde, daß Chamberlain dem toten Protokoll seine Träume noch weihen wolle, erklärte Herriot lobend. „Mein, mein, keine Träne. Das Protokoll ist noch nicht in die Welt gesetzt.“ Wenn es auch in der nächsten Zeit im September wieder erscheint, aber wir wollen uns nicht mit der Diskussion über Projekte aufhalten. Das Protokoll der Garantieverträge der fünf Mächte, oder auch ein Vertrag, an dem außer Deutschland auch Polen und die Tschechoslowakei teilnehmen, das wird alles Ideen, aus denen wir uns das Weiterherausfinden müssen.“ Auf die Frage, wie denn ein Garantievertrag aussehen solle, wenn er nach dem Wunsch Frankreichs abgeschlossen würde, erfolgte die Antwort: „Wie dieser Vertrag auch aussehen mag, er wird in den Rahmen des Völkerbundes eingepaßt werden müssen. Bisher ist der Vertrag ein verfeinertes Abbild des Protokolls, das wir vorhin nur auf die französische Frage angewandt und später erweitert werden müßte. Die Hauptfrage ist, daß ich mit Herrn Chamberlain grundsätzlich über die Notwendigkeit einig bin, dem Vertrag von Versailles und dem Völkerbund alle Rechte zu wahren.“ Ein Reporter fragte zu wissen, ob Polen ruhig liegen dürfe. Herriot sagte: „Wohlglaube soll Polen unangenehm sein? Frankreich ist ein großer Arbeiter und bei den Verhandlungen, die in französischer Form weitergehen, wird Polen gleichfalls Jäger können, was es will. Wir dürfen uns nicht damit aufhalten, uns durch Formeln hängenlassen zu lassen, sondern wir müssen nach einer konkreteren Lösung suchen.“

„Und Deutschland?“ wurde gefragt. Herriot sagte: „Ich bin mit Chamberlain darin einig, daß wir nicht weiterkommen werden, solange nicht das Reich des Völkerbundes angehebt. In wirtschaftlicher und liberaler Auffassung der gegebenen Verantwortlichkeit kann man es als richtig betrachten, daß Deutschland an den Verhandlungen über den Garantievertrag teilnimmt; aber vorher müssen die Mächte untereinander einig sein.“

Die Frage nach der Räumung Kölns wurde gestellt. Darüber kam ich nichts Neues, erwiderte Herriot. „Ich muß die Völkerbundkonferenz sprechen.“ Die gleiche Diskussion hat Herriot für notwendig, als er gefragt wird, ob der Vertrag der Kontrollkommission veröffentlicht werden dürfe. Er sagte nur: „Herr Chamberlain fürchtet eine neue Verunsicherung.“ Auf die Frage, ob die Besprechungen in Washington über den Plan einer Abrüstungskonferenz in Washington aus Frankreich habe noch eine Einladung erhalten, aber Herriot blieb bei seiner These: „Ich die Sicherheit, dann die Abrüstung. Die Abrüstung kann erst dann, wenn alle übrigen Bedingungen erfüllt sind, gemacht werden. Man dieses Problem studiert, desto eher würde man dahin kommen, daß das Protokoll mit oder ohne Änderungen das beste Programm für eine Friedenspolitik sei.“

Aus den Ausführungen der beiden Minister schließt Sauerwein, der noch besondere Unterredungen mit Chamberlain und Herriot gehabt hatte, daß „nichts erreicht, aber auch nichts verloren ist.“ Der Mitarbeiter des „Matin“ meint zwei Punkte, aber welche Einigkeit erlangt ist, erweist Deutschland muß dem Völkerbund beitreten, eine Sicherheitspaßt zustande kommen kann; zweitens, die politische Grenze muß garantiert werden. Der „Zeit-Pariser“ dessen Redakteur gleichfalls zu werden. Der „Matin“ zufolge angenommen wird, hat auch zwei Einigungspunkte festgelegt, aber andere als der „Matin“: Herriot und Chamberlain halten zunächst eine diplomatische Verhandlung der Mächte für notwendig, auf welche dann eine Verhandlung mit Deutschland folgen soll. Das „Echo de Paris“ ist unzufrieden, weil die Beschäftigung mit dem deutschen Plan nicht vertagt worden ist, sondern weiter geht. „Das Problem ist jetzt auf das Projekt Stresemann-Berenson und dessen Ausführung beschränkt“, schreibt Berenson mitsamt. Herriot habe die Absicht, dieses deutsch-englische Problem dem Genfer Protokoll möglichst ähnlich zu machen; aber es ist fraglich, ob dieser Plan gelingen wird. „England darf einen Gewinnpunkt notieren.“ („Echo de Paris“) hier ist eingeschaltet, daß es eine Freiführung ist, immer von einem „Projekt Stresemann-Berenson“ zu sprechen, wie es das „Echo de Paris“ tut. Obwohl über die Verwirklichung dieser deutschen Forderung noch nicht alles gesagt werden kann, läßt sich doch wenigstens das feststellen, daß in Berlin nicht bloß mit dem englischen Vorkämpfer über den im Innern bekannten Plan gesprochen worden ist, sondern auch mit dem französischen Vorkämpfer der Margerie. (Ludw. und Stresemann der Vater des Gedanken ist, ist auch nicht sicher. Die Red.)

Auch die „Zeit-Pariser“, die sonst mit dem „Echo de Paris“ nicht übereinstimmt, ist diesem Punkt nicht einverstanden und spricht von einem „Kommentar des foreign Office“. England wolle weiter das Protokoll nach dem Pakt ohne Deutschland; es habe auch kein Interesse am Schutz der polnischen Grenze. Man könne in London von den anderen Mächten nicht die Erfüllung ihrer Pflichten verlangen, wenn man nicht dazu geneigt ist, ihnen auch Rechte zu geben. Das ist die Lösung mit England, wenn sie nur einen Teil von Europa vor dem Krieg schützen soll. Diese missverständliche Kritik des französischen Blattes ist auffallend, da unmittelbar neben ihr ein Artikel Victor Bégout steht, in dem sehr offen über die „unerschütterlichen und festsitzenden Manifestationen“ der polnischen Freunde gesprochen wird. „Man sieht: Nach der Unterredung, die Klarheit bringen sollte, ist die Unterredung Herriot die Möglichkeit gegeben hat, die vollkommene Einigkeit der Anhänglichen mit dem veränderten Minister festzustellen. Diese Information schließt: Alle drei Minister sehen die kommende Entwicklung mit Optimismus an, und glauben, daß im nächsten September in Genf ein Friedensvereinbarung abgeschlossen werden kann, welche Europa das langentworfene Gefühl der Sicherheit wieder zurückgibt.“

Sauerwein hat Chamberlain gefragt, was er über die gestern mitgeteilte Londoner Meinung des „Matin“ über die Differenzen im englischen Kabinett zu sagen habe. Chamberlain hat geantwortet, er könne über diese Angelegenheit nichts sagen, da er durch seinen Amtsbesitz gebunden sei.

Ueber die Unterredung mit Dr. Ziemisch wird so gut wie nichts gesagt, obwohl sie wahrscheinlich ziemlich wichtig gewesen ist. Am ausführlichsten ist der „Zeit-Pariser“, der konstatiert, daß die Unterredung Herriot die Möglichkeit gegeben hat, die vollkommene Einigkeit der Anhänglichen mit dem veränderten Minister festzustellen. Diese Information schließt: Alle drei Minister sehen die kommende Entwicklung mit Optimismus an, und glauben, daß im nächsten September in Genf ein Friedensvereinbarung abgeschlossen werden kann, welche Europa das langentworfene Gefühl der Sicherheit wieder zurückgibt.“

## Genfer Halbheiten.

Die Taktik des Völkerbundesrates in den Danzig-polnischen Streitfragen.

(Nachdruck verboten.)

Dr. Karl Eugen Müller.

Die „Abfängen“, die der Völkerbundsrat in seiner letzten heftigen Sitzung für die mannigfachen Danzig-polnischen Streitfälle gefunden hat, sind leider symptomatisch für die Taktik des ewigen Ausweichens, die man in Genf so ziemlich allen heißen Problemen gegenüber anwendet. Die Rücksicht auf politische Empfindlichkeiten, die Scheu, einzelne Mitgliedstaaten, mögen sie sich auch noch so offensichtlich im Unrecht befinden, vor den Kopf zu stoßen, hat gegenüber dem sachlich gebotenen Bedürfnis nach klaren Entscheidungen sich von neuem als das härteste Motiv erwiesen. Aber die besondere Aufgabe des Völkerbundes als Schlichter der freien Stadt Danzig nach die Notwendigkeit, die Autorität seiner eigenen Organe zu schützen, veranlaßt den Rat die Entschlußkraft einzubüßeln, den auf Eröffnung des Versailleser Vertrages hinauslaufenden Lebergriffen Polens ein für allemal ein festes Nein entgegenzusetzen. Dem Wunsch Polens nach einer prinzipiellen Neuregelung seiner Beziehungen zur freien Stadt Danzig soll ganz unangenehme Berücksichtigung werden durch die Beschränkung des Berichterstatters Luitones de Saen, bis zur nächsten Ratssitzung am 10. Mai eingehende Vorschläge zu machen. Da weder dem Rat noch dem Völkerbund ein inneres Recht oder eine äußere Vollmacht zulehrt, den Sinn des Versailleser Vertrages und der auf ihm beruhenden Sondervereinbarungen zwischen Danzig und Polen abzuändern, kann man auch in dieser Hinsicht nicht anders als eine Vertagung erheischen.

Trotzdem für die Taktik des ewigen Ausweichens was insbesondere die Stellung, die der Rat zu einer Entscheidung seines eigenen Kommissars über die Raailische Selbständigkeit Polens eingekommen hat. Der äußere Anlaß dieses Streites war die plötzliche Weigerung Polens, einen mit der freien Stadt abgeschlossenen Vertrag über Eisenbahnenformal zu ratifizieren; der innere Grund dieser Weigerung aber liegt in dem polnischen Streben, die freie Stadt Danzig aus ihrer unabhängigen Stellung gegenüber der polnischen Republik in die Stellung einer autonomen Stadt innerhalb des polnischen Reiches zu drängen. Der gegenwärtige Hohe Kommissar des Völkerbundes in Danzig, der Engländer MacDonnell, hatte in der Entscheidung vom 7. November des vorigen Jahres die Verpflichtung Polens zur Ratifizierung jenes Vertrages ausdrücklich damit motiviert, daß Danzig ein „Staat im internationalen Sinne“ sei. Formulierung, von so unbequemer Eindeutigkeit sind nicht die Sache des Völkerbundesrat; er verweigert die Entscheidung seines Kommissars, daß der Vertrag ratifiziert werden mußte, lehnt aber im übrigen die Anerkennung des staatlichen Charakters der freien Stadt ab, weil der Ausdruck „Staat“ so wenig präzis sei, daß es der Rat nicht für nötig halte, in eine Prüfung seiner Anwendbarkeit auf Danzig einzutreten. Die internationale Stellung der freien Stadt sei im Versailleser Vertrag hinreichend definiert, meinte der Berichterstatter; nur einer klaren Antwort auf die Frage, ob die polnische oder die Danziger Auslegung dieser Definition die richtige sei, ging er vorläufig aus dem Wege. Es liegt auf der Hand, daß damit der unaufrichtigen, daß Danziger Wirtschaftslieben aus ihmverthe beinträchtigenden Reibungen der Boden nicht nur nicht entzogen, sondern im Gegenteil von neuem bereitet ist.

Ganz ähnlich war das Verfahren, das der Rat gegenüber dem Polkonflikt gewährt hat. In den beiden Dingen feststehenden konnte der Eindruck entstehen, als ob es sich hier lediglich um nationalpolitische Empfindlichkeiten eines in seinen Hohheitsgefühlen getränkten Kleinstaats handle. In Wahrheit aber war die vertragswidrige Entscheidung eines polnischen Volksrates in der freien Stadt Danzig, so sehr sie auch dem polnischen Machtbewußtsein schmeichelt, keineswegs nur Selbstverleugung oder gar Verdrängung eines tatsächlichen Bedürfnisses; sie war vielmehr nur ein neues Mittel zum Zweck, die Danziger Bevölkerung in der Lage zu setzen, gegenüber den polnischen Eimerleibungsstendens. Die Danziger Kaufmannschaft fühlt heute, was der ideinhaltige Spatz der Anbringung politischer Briefkästen in den Danziger Straßen für sie bedeutet. Die polnischen Postbehörden wollen Briefe zu rufen, die in Danzig mit Danziger Postwertzeichen aufgegeben sind, und sie verweigern jetzt plötzlich — nach Ablauf von mehr als vier Jahren seit der Begründung der freien Stadt! — die Annahme von Postkästen, die in deutscher Sprache ausgefertigt sind. Und teils freiwillig, teils unter dem Druck der furchtlich erregten öffentlichen Meinung machen sich polnische Geldschaffkünstler, mit denen die Danziger Kaufleute in Verbindung stehen, die neuen Grundzüge der polnischen Behörden zu eigen. So läßt auch diese polnische Eigenmächtigkeit der polnischen Regierung in letzter Linie auf einen neuen wirtschaftlichen Druck gegen die Danziger Bevölkerung hinaus, die mit allen Mitteln des Zwanges zu der Ueberzeugung gebracht werden soll: „Ihr könnt nur gehen, wenn ihr euch mit Haut und Haaren Polen verschreibt!“ So hofft man den Kampf des Danziger Volkstums um die Erhaltung seines nationalen Charakters von innen heraus zu lähmen.

Vor dem Forum des Völkerbundes spielen solche „Geheimnisse“, natürlich keine Rolle. Er kann sich nur mit den Dingen befassen, die an die Oberfläche treten. Sein hoher Kommissar hat die Einrichtung des polnischen Postdienstes für unzulässig erklärt; Polen aber führt ihn unbekümmert weiter. Das ist eine jener „direkten Aktionen“, die sich der

## England und Coolidges Entwaffnungsplan.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 17. März.  
Nach gestern in London zirkulierten Gerüchten soll eine halb-offizielle Mitteilung eingetroffen sein, daß Präsident Coolidge und sein Außenminister Kellogg sich entschieden hätten, eine baldige Entwaffnungskonferenz einzuberufen. Wie der diplomatische Korrespondenz des „Daily Telegraph“ dagegen mitteilt, seien weiter in bezug auf die in amerikanischen offiziellen Kreisen letztendlich bestimmten Informationen laut geworden, wozu Washington wohl die ersten Schritte zur Einberufung einer solchen Konferenz unternommen werde. In einigen politischen Kreisen Londons nehme man an, daß man vielleicht mit einem ersten Schritt nach Anknüpfen des neuen amerikanischen Vorkämpfersought werden rechnen können, der zweifellos während der künftigen Besprechungen in Washington eine bedeutende Rolle spielen. Der Korrespondent befragt sich jedoch mit der Frage, ob Deutschland wohl auch zu der amerikanischen Entwaffnungskonferenz eingeladen werden würde. 1921 hätte alle Weltmächte Europas an der Washingtoner Konferenz teilgenommen, und sie werden wahrscheinlich auch alle in diesem Jahre an der neuen Konferenz teilnehmen. Deutschland habe man damals nicht eingeladen, weil es ja nicht mehr zu empfangen gehabt habe. Willkürlich wurde es auch heute von amerikanischen Seite gleichfalls als durchaus unmöglich bezeichnet. Es werde interessant sein zu beobachten, ob trotz dieser Beschränkungen es aus politischen und diplomatischen Gründen zur Teilnahme eingeladen werden würde. Bisher war eine Einigung, die für eine Einladung Sowjetrußlands zu einer solchen Konferenz spräche, noch nicht vorhanden.

## Die Saarbeschlüsse des Völkerbundesrates.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Neuerungen des schwedischen Delegierten.  
Die der „Volksstimme“ aus Genf berichtet wird, erklärte Minister Under, der neue Vertreter Schwedens im Völkerbundesrat, zu Mitgliedern der sozialistischen Delegation für die Vertretung der Saargebieteinteressen folgen: Mit dem Resultat ihrer Bemühungen können Sie zufrieden sein. Do juro ist noch kein großer äußerer Erfolg erreicht worden, aber do facto hat sich doch manches geändert. In zwei Hauptfragen haben Sie Erfolg gehabt: Das französische Militär wird zurückgezogen und an der Saarlandsgeranzie stationiert werden. Ebenso wird nach einem Jahre regelmäßiger Wechsel in der Präsidentschaft der Regierungskommission stattfinden. Seiten Sie gewiß, daß der Rat die Arbeit der Regierungskommission streng überwachen wird. Entgegenstehende Anweisungen an Rant sind gegeben worden. Besonders werden auch die Wünsche der arbeitenden Saarbevölkerung berücksichtigt werden. Schweden wird in der Saarpolitik ganz im Sinne Stratingens fortwirken. Diese Neuerung von kompetenter Stelle bezeugt den hier herrschenden Eindruck, daß die kürzlich erfolgte Wiederernennung Kauls zum Präsidenten der Saargouvernement nur eine Art Gnadenakt für ihn gewesen ist.